

Wilfried Reininghaus

Zwangsarbeit und Zwangsarbeiter in Westfalen 1939-1945

Quellen des Staatsarchivs Münster

Vortrag auf der wissenschaftlichen Tagung „Entschädigung für die NS-Zwangsarbeit. Zum Umgang mit Quellen und Auskünften“, Witten, 28. Januar 2000*

Das Thema, das uns heute zusammengeführt hat, stand bisher nicht eben im Mittelpunkt der quellenkundlichen Überlegungen von Archivaren¹ und Historikern.² Ihre Einladung, über Quellen des Staatsarchivs Münster zu Zwangsarbeit und Zwangsarbeitern 1939 bis 1945 zu sprechen, war deshalb in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung. Zum einen sind im Staatsarchiv Münster aus diesem Anlaß die Akten systematisch durchgesehen worden, um Quellen zum Thema wenigstens überblickhaft vorstellen zu können.³ Der Überblick dient dabei nicht ohne Eigennutz dem Staatsarchiv selbst, weil bei uns wie bei vielen von Ihnen täglich Anfragen zur Zwangsarbeit ankommen. Zum anderen hoffe ich einen Baustein zu liefern für eine Quellenkunde zur westfälischen Regionalgeschichte in der NS-Zeit einschließlich der Verwaltungsgeschichte dieser Zeit, was mir trotz oder gerade wegen der Vielzahl an Publikationen mit lokalem und regionalem Bezug nötiger denn je erscheint.⁴ Auch zur Geschichte der Zwangsarbeit ist es erforderlich zu untersuchen, wie die von Berlin ausgehenden Befehle auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene umgesetzt wurden, wie Formen des Widerstands lokal und regional auftraten.

Erstens versuche ich daher nachzuzeichnen, wie Verwaltung und Partei in Westfalen Zwangsarbeit in mehreren Etappen zwischen 1939 und 1945 organisierten. Zwangsarbeit sei mit Ulrich Herbert definiert als die während des Krieges von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern unter Aufsicht der deutschen Militärbehörden und Verwaltungen in der

* Der Beitrag erschien erstmals in: *Der Archivar*, Jg. 53, Heft 2 (2000), S. 114-121. Das Vortragsmanuskript wurde im März 2020 im Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen (ehemals: Staatsarchiv Münster; STAMS) ohne inhaltliche Bearbeitungen in die vorliegende Form übertragen. Lediglich Archivsignaturen, Quellennachweise, Kontaktadressen und die archivgesetzlichen Bestimmungen wurden aktualisiert. Außerdem erfolgte eine Anpassung an die neuen Bezeichnungen und Standorte des Landesarchivs NRW. Die seit dem Jahr 2000 veröffentlichte Sekundärliteratur wird nicht berücksichtigt. Der Autor genehmigte freundlicherweise die Wiederveröffentlichung des überarbeiteten Manuskripts.

¹ Ein Erklärungsgrund ist in der insgesamt trümmerhaften Überlieferung aus den Jahren 1933-1945 zu suchen, vgl. Heinz Boberach u. a. (Hrsg.), *Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reiches, der Länder und der NSDAP*, Bd. 1, München 1991, ein anderer ist die Eigenart der nationalsozialistischen Herrschaft, die sich der Methodik der traditionellen Archivlehre entzieht.

² Vgl. als einen ersten Einstieg Hans Günter Hockerts, *Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit von 1500 bis zur Gegenwart*, Bd. 6: Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg (1919-1945). Erster Teil: Akten und Urkunden, Darmstadt 1996.

³ Mein Dank gilt vor allem Beate Dördelmann, Gabriele Kießling, Ursula Schnorbus, Helmut Schraven und Dr. Leopold Schütte für ihre Hilfe.

⁴ Zur Regionalgeschichte der NS-Zeit vgl. Horst Möller / Andreas Wirsching / Walter Ziegler (Hrsg.), *Nationalsozialismus in der Region*, München 1996, darin vor allem den Beitrag von Andreas Wirsching (S. 25-46 mit weiterer Literatur); Fallstudien zu Westfalen sind veröffentlicht in: Georg Schlögl / Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Zwischen Loyalität und Resistenz. Soziale Konflikte und politische Repression während der NS-Herrschaft in Westfalen*, Münster 1996, darin: Britta Burth, "... zum Arbeiten mitgenommen" - Kriegsgefangene und Zivilarbeitskräfte im Kreis Warburg, S. 244-273.

Landwirtschaft, im Bergbau und in der Industrie sowie in anderen Bereichen geleistete Arbeit.⁵ Ich werde also nicht die Außenstellen der Konzentrationslager in Westfalen berücksichtigen.

Zweitens möchte ich die Inhalte der bis 1945 entstandenen Akten zur Zwangsarbeit im Staatsarchiv Münster vorstellen, um die Möglichkeiten zur Forschung und zur Recherche aufzuzeigen, ohne die großen Lücken in den Beständen zu verschweigen. Drittens wende ich mich der Zeit und den Quellen nach 1945 zu, den nachträglichen Erhebungen zu Zwangsarbeitern, ohne auf das Schicksal der Displaced Persons näher eingehen zu können. Sie bleiben leider aus der regionalgeschichtlichen Perspektive weitgehend ausgeblendet.⁶ Viertens werde ich abschließend knapp die Frage der (Ergänzungs- und Ersatz-) Überlieferungen außerhalb des Staatsarchivs Münster und der Kommunalarchive streifen und auf die Benutzungsbedingungen im eigenen Haus eingehen.

1. Die Organisation der Zwangsarbeit durch mittlere und untere Behörden

Unter allen beteiligten Mittelbehörden in Westfalen kam der Arbeitsverwaltung die wichtigste Funktion bei der Organisation der Zwangsarbeit zu. Im Rahmen des Vierjahresplans waren seit 1936 das Landesarbeitsamt und die ihm unterstellten Arbeitsämter zur Lenkung der Arbeitskräfte der nationalsozialistischen Wirtschaft instrumentalisiert worden. Bereits vor Kriegsausbruch hatte man auf Reichsebene eine Vorentscheidung getroffen, daß die Arbeitsverwaltung hinter den vorrückenden Truppen Arbeitskräfte in Polen requirieren sollten. In Westfalen nahmen im September 1939 Vertreter des Wehrkreises VI und des Landesarbeitsamts Kontakt miteinander auf, um zum einen die Einrichtung der Kriegsgefangenen-Stammlager im Wehrkrieg (die Stalags) und zum anderen den Abruf der Arbeitskräfte aus den Stalags zu planen.⁷ Hemer als Stalag VIa sollte bis Kriegsende wichtigstes Zentrum der zur Zwangsarbeit verpflichteten Kriegsgefangenen in Westfalen bleiben.⁸ Von hier aus sollten die Polen noch bei der Rübenernte im Herbst 1939 helfen. Leitlinien für die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden in Westfalen wurden am 3. Oktober 1939 in Arnsberg festgelegt.⁹ Das erhaltene Protokoll verrät, daß noch wenig zentral festgelegt war und daß in der Region Handlungsspielräume für die beteiligten Instanzen bestanden. Der Kommandant des Stalag VIa, Prof. Naendrup, ein Major der Reserve, hätte eine Lenkung durch die NSDAP-Kreisleiter und Kreisbauernführer bevorzugt, doch mußte er sich den Argumenten des Direktors des Landesarbeitsamt Petersen und Oberstleutnant Heider, dem Vertreter des Wehrkreises, beugen. Die Vertreter des Oberpräsidiums und der drei Bezirksregierungen plädierten dafür, die überkommenen Verwaltungswege zur Vorbereitung der

⁵ Diese Definition folgt der Definition von Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999, S. 417.

⁶ Vgl. aber das Standardwerk Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951*, Göttingen 1985.

⁷ Zum Lagersystem in Westfalen vgl. Gisela Schwarze, *Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg*, Essen 1997, S. 49-68.

⁸ Hans-Hermann Stopsack / Eberhard Thomas (Hrsg.), *Stalag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939-1945. Eine Dokumentation*, Hemer 1995. Wichtig für die Frühphase ist die Akte Landesarchiv NRW – Abteilung Westfalen (im Folgenden: LAV NRW W) – K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5187.

⁹ Protokoll LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 13196; auch für das Folgende.

Kriegsgefangenenarbeit zu nutzen. Der Vertreter der Gauleitung hielt sich passiv und hatte keine Einsprüche dagegen.

Die Teilnehmer der Arnsberger Sitzung vom 3. Oktober 1939 entwarfen ein Grundmodell für die Organisation der Zwangsarbeit in Westfalen, das bis Kriegsende fast unverändert Bestand hatte. Die sog. Polenerlasse vom März 1940 waren eher grundsätzlicher Natur und regelten das Zusammenleben der Deutschen und der Polen bis in Kleinigkeiten hinein.¹⁰ Eine "Polizeiordnung für die Behandlung von Zivilarbeitern im Regierungsbezirk Arnsberg" am 27. März 1940 setzte die "Polenerlasse" noch einmal regional um.¹¹ Auf der lokalen und regionalen Ebene waren zu diesem Zeitpunkt allerdings schon Verfahrensabläufe installiert.

Sie sahen wie folgt aus: Die in den Stalags, später in weiteren Lagern zusammengefaßten Arbeiter und Arbeiterinnen aus den vom deutschen Militär besetzten Staaten konnten von den Arbeitsämtern angefordert werden. Federführend waren zunächst die Arbeitsämter der Kreise, in denen sich die Lager befanden, z. B. Iserlohn für das Stalag Hemer. Das Landesarbeitsamt in Dortmund koordinierte und stellte einen Ausgleich zwischen den Teilgebieten Westfalens her. Grundsätzliche Probleme wurden bis 1942 im regionalen "Reichsverteidigungsausschuß" in Münster zwischen Gauleiter Meyer, weiteren Vertretern der Partei und Zivilbehörden besprochen.¹² Der Oberpräsident, zugleich Chef der Zivilverteidigung und Reichsverteidigungskommissar, bündelte Informationen und berichtete darüber nach Berlin. Zugleich informierte er die nachgeordneten Behörden in Westfalen. Seine Behörde bereitete an der Schnittstelle zwischen Militär- und Zivilverwaltung¹³ mit dem Kommando des Wehrkreises VI Entscheidungen vor. In den einzelnen Kreisen wurde der Arbeitskräftebedarf sowohl von den Landratsämtern als auch von den Arbeitsämtern ermittelt. Unternehmen meldeten ihren Bedarf bei den Arbeitsämtern an. Höchste Priorität im nichtlandwirtschaftlichen Bereich besaß der Bergbau. Im Bereich der Landwirtschaft sind die Kreisbauernführer von den Landratsämtern beteiligt worden. Die Polizeibehörden waren von September 1939 an eingeschaltet, weil sie dafür zu haften hatten, daß sich die deutsche Bevölkerung von den gefangenen oder deportierten Ausländern fernhielt. Die NSDAP mit ihren Gliederungen war im September 1939 zunächst nicht beteiligt.¹⁴ Sie wurde nachträglich einbezogen, als die Beschäftigung von Zwangsarbeitern immer größere Dimensionen annahm.

Während seit Herbst 1939 in Hemer (und an anderen Stellen im Wehrkreis VI) die Stammlager entstanden, lief in den Kreisen die Planung kleiner Lager an. Für den Regierungsbezirk

¹⁰ Herbert, Fremdarbeiter, S. 85ff.

¹¹ LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 13196.

¹² LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5176, 5078. Vgl. Karl Teppe, Der Reichsverteidigungskommissar. Organisation und Praxis in Westfalen, in: Dieter Rebentisch / Karl Teppe (Hrsg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers, Göttingen 1986, S. 278-301.

¹³ Landespräsident Dreier fungierte als Verbindungsoffizier zwischen dem Chef der Zivilverwaltung in Westfalen und dem Oberkommando der Wehrmacht. Seine Handakte von 1939/40 ist erhalten (LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5296), darin werden im November 1939 Fragen der polnischen Kriegsgefangenen berührt.

¹⁴ Hierzu für Lippe: Andreas Ruppert, "Der nationalsozialistische Geist läßt sich nicht in die Enge treiben, auch nicht vom Arbeitsamt". Zur Auseinandersetzung zwischen dem Kreisleiter der NSDAP in Lippe und dem Leiter des Arbeitsamtes Detmold in den Jahren 1939 bis 1943, in: Lippische Mitteilungen 62 (1993), S. 253-283; ders. / Hansjörg Riechert, Herrschaft und Akzeptanz. Die Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre. Analyse und Dokumentation, Olpaden 1998, S. 125ff.

Arnsberg, vor allem für den Kreis Meschede, können wir die einzelnen Etappen gut verfolgen.¹⁵ Die Anfang Oktober erlassenen Richtlinien sahen vor, daß 20 bis 50 Kriegsgefangene Arbeitskommandos bildeten. Für sie wurden Sammellager in den Gemeinden eingerichtet, bevorzugt in Schützenhallen, Turnhallen und Gasthaussälen. Eine Einzelunterbringung bei Unternehmen war zunächst nicht vorgesehen. Seit 1940 sollte sich dies ändern. Einen Sonderstatus nahmen die Lager in Zechennähe ein, denn das Oberbergamt Dortmund verlangte ihre Herausnahme aus der allgemeinen Aufsicht und setzte sich mit dieser Auffassung faktisch durch.¹⁶

Die Einbeziehung der Polen in die Kriegswirtschaft lief keinesfalls schnell und reibungslos an. Das Landesarbeitsamt registrierte im März 1940, daß von 17.000 für Westfalen angekündigten Kriegsgefangenen erst 1.700 eingetroffen sei.¹⁷ Aus Sicht der Arbeitsverwaltung bestand im Frühjahr 1940 ein akuter Arbeitskräftemangel, der durch polnische Zivilarbeiter und durch Kriegsgefangene aus den Eroberungskriegen im Westen im Laufe des Sommers so sehr gemildert wurde, daß von einer entspannten Lage die Rede war. Politisch unumstritten waren die polnischen Zivilarbeiter keineswegs. Der Reichsverteidigungsausschuß stritt im Mai 1940 heftig über ihre Beschäftigung im Ruhrbergbau, "völkische" und wirtschaftliche Probleme mußten miteinander abgeglichen werden.¹⁸ Man wolle keine zweite Invasion von Ausländern im Ruhrgebiet zulassen, hieß es. Gauleiter Meyer entschied den Streit dahingehend, daß nach dem Sieg über Frankreich (das Wort „Endsieg“ war damals noch nicht üblich) die deutschen Bergarbeiter an ihre Arbeitsplätze zurückkehren würden und damit das Problem erledigt sei. Die Deutsche Arbeitsfront prangerte im Juli 1940 Bummel und Sabotage an und sorgte dafür, daß Arbeitserziehungslager wie Hunswinkel bei Lüdenscheid eingerichtet wurden.¹⁹ Nicht zufällig setzte genau in dieser Zeit die Statistik zur Erfassung "der wegen Arbeitsvertrags bestraften Arbeitskräfte" ein, die der Reichstreuhand der Arbeiter erstellte.

Entgegen der Prognose von Gauleiter Meyer kehrten die deutschen Bergleute nicht von der Front zurück. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wuchs. Halbwegs gesicherte Zahlen auf regionaler Ebene beizubringen, ist allerdings schwierig, weil die Statistik des Landesarbeitsamts mehr vernebelt als aufhellt.²⁰ Für den Monat August 1942 liegen relativ verlässliche Daten vor. Damals arbeiteten im Bezirk des Landesarbeitsamts Dortmund 87.900 Kriegsgefangene, 35.900 zumeist polnische Ostarbeiterinnen sowie 87.700 Männer und

¹⁵ LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1455, 1458. An versteckter Stelle kann die relativ lange Vorbereitungszeit für die Einrichtung eines Lagers bei einem Unternehmen gut verfolgt werden. Die Verhandlungen der Fa. Ramesohl & Schmidt, Oelde, mit dem Studienfonds wegen des Erwerbs eines Grundstücks zum Bau von Baracken für kriegswichtige Zwecke, zogen sich von 1939 bis 1943 hin (LAV NRW W, B 151/Studienfonds Münster - Akten Nr. 11264, 11318).

¹⁶ LAV NRW W, M 550/Bergämter Nr. 8137 (Aufsicht des Bergreviers Buer über Lager bei Zechen); 1942 eskalierte der Streit, vgl. LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 1521.

¹⁷ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5098.

¹⁸ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5176, fol. 20v-22v.

¹⁹ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5210; vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 138 sowie Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart 2000 (= Die Arbeitserziehungslager der Geheimen Staatspolizei im Zweiten Weltkrieg, Diss. Bochum 1999).

²⁰ In den monatlichen Berichten (LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5098) wurden seit 1940 überwiegend Veränderungs-, aber keine Bestandsgrößen angegeben. Aus LAV NRW W, N 100/Arbeitsämter, Agenturen für Arbeit Nr. 5 ist eine Schätzung von mehr als 310.000 ausländischen Arbeitskräften in Westfalen und Lippe im letzten Kriegsjahr möglich.

15.100 Frauen aus westeuropäischen Staaten, sog. Westarbeiter. Darunter befanden sich auch viele Niederländer(innen). Für viele unter ihnen war der Krieg 1940 nur eine Unterbrechung der grenzüberschreitenden Arbeit in der münsterländischen Textilindustrie gewesen. Sie zu kasernieren, lehnten die Textilunternehmer der grenznahen Gebiete im Kreis Ahaus noch 1944 entschieden ab.²¹ Sobald Niederländer in Lagern zusammengeführt wurden, leisteten sie erheblichen Widerstand. In der Statistik über den Arbeitsvertragsbruch lagen sie weit vorne. Gleiches gilt im Übrigen für Italiener, die im Juni 1941 in ihrem Lager bei den Chemischen Werken Hüls eine Revolte anzettelten, weil sie eine eigene Lagerleitung beanspruchten.²²

Schon 1940/41 war es für den Reichstreuhand der Arbeit und die Lokalbehörden notwendig geworden, die Arbeitsdisziplin nach Nationalitäten zu kategorisieren.²³ Mit den Kriegsgefangenen und den zwangsweise in der Sowjetunion rekrutierten Arbeiterinnen und Arbeitern kamen auf die deutschen Behörden dramatische Probleme zu. Beinahe schonend bereitete das Wehrkreiskommando VI am 24. Oktober 1941 die westfälischen Verwaltungs- und Polizeibehörden darauf vor, daß viele der 3,2 Millionen Kriegsgefangenen mittelfristig in die deutsche Wirtschaft einbezogen werden sollten.²⁴ Sowohl politische als auch wirtschaftliche Notwendigkeiten ließen auf Dauer keine andere Wahl. Zunächst sollten 48.000 sowjetische Kriegsgefangene in den Wehrkreis VI kommen. Sie sollten Franzosen ersetzen, die in der Landwirtschaft und in der Luftfahrtindustrie benötigt wurden. Das Wehrkreiskommando warnte vor den "zerlumpten" und "ausgehungerten" Russen und befürchtete bolschewistische Agitation. Zwar seien Offiziere und Asiaten von der Zwangsarbeit ausgeschlossen, doch drohten laut Wehrkreiskommando erhebliche Gefahren durch Kontakte mit der deutschen Zivilbevölkerung. Es wies daher Verwaltung und Polizeipräsidien an, zur Abwehr dieser Gefahren die Zusammenarbeit zwischen den Kommandaten der Stammlager und den örtlichen Polizeibehörden "im Interesse deutschen Lebens und deutschen Guts zu fördern".²⁵

Ob das Wehrkreiskommando bewußt die westfälischen Behörden über die inzwischen schon auf Reichsebene gefallenen Entscheidungen im unklaren ließ oder es selbst noch nicht darüber informiert war, läßt sich nicht feststellen. Tatsächlich war bereits im September 1941 unter Beteiligung des ehemaligen Gauwirtschaftsberaters von Westfalen-Süd Paul Pleiger entschieden worden, nicht nur Kriegsgefangene einzusetzen, sondern Bergleute aus dem ukrainischen Erzrevier von Kriwoj Rog anzuwerben.²⁶ Auch Himmler stimmte am 24. September 1941 zu. Pleiger erhielt im November die Genehmigung, 10.000 bis 12.000 ukrainische Bergleute im deutschen Bergbau einzusetzen. Als der europäische Teil der Sowjetunion für die Landesarbeitämter in Distrikte aufgeteilt wurde, blieb Kriwoj Rog der für

²¹ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5014 (Umfrage bei Unternehmen durch den Landrat von Ahaus, Juli 1944).

²² LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5201, fol. 159ff.

²³ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5210.

²⁴ Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Neuausgabe, Bonn 1997, vor allem S. 238ff.

²⁵ LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1455.

²⁶ Herbert, S. 167f. Zu Pleiger vgl. Matthias Riedel, Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen 1983; Gerhard Kratzsch, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung, "Arisierung", Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd, Münster 1989, S. 25-27.

Westfalen reservierte Anwerbebezirk.²⁷ Nebenbei zeigt eine nach Kriegsende durchgeführte Erhebung, daß Pleiger seine eigenen geschäftlichen Interessen bei der Anwerbung nicht aus den Augen verlor. Er beschäftigte in seinem Bergbauzulieferbetrieb in Hammertal 1945 rund 500 russische Arbeitskräfte.²⁸

Der Transport von russischen Kriegsgefangenen nach Westfalen seit August 1941 und die noch vor dem Jahreswechsel 1941/42 einsetzende Zuweisung russischer Zwangsarbeiter warf sehr schnell Fragen danach auf, wie die Lager zu überwachen waren. Die Organisation der Lager selbst wurde durch die Inbetriebnahme von Stukenbrock als Stalag VI K 326 als Durchgangsstation verändert.²⁹ Jetzt wurden massenhaft Lager in der Nähe von Industriebetrieben errichtet, die ursprünglich überhaupt nicht vorgesehen waren. Vor allem verschärfte sich die Frage der Seuchenbekämpfung.³⁰ Kaum hatte das Oberkommando des Heeres im November 1941 die regionalen Instanzen vor der Einschleppung von Fleckfieber gewarnt, traten im Regierungsbezirk Minden (wohl in Stuckenbrock) erste Fälle auf. Es ist kein Zufall, daß das erste mir bekannte Verzeichnis aller Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos im Regierungsbezirk Arnsberg im Februar 1942 aus dem Anlaß erstellt wurde, die zuständigen Gesundheitsämter allen Lagern zuzuordnen.³¹ Zwei Ämter, die den Bezirksregierungen unterstanden, sollten die Aufsicht über die Lager führen und den Ausbruch von Seuchen verhindern: die Gesundheits- und die Gewerbeaufsichtsämter.³² Im Frühjahr 1942 nahmen beide Ämter auf lokaler Ebene die Inspektion der Lager auf, wobei sie zunehmend in der Kritik der Partei standen, die auf die Lager Einfluß gewinnen wollte.

Im Regierungsbezirk Münster wies am 9. Oktober 1942 die Staatspolizeistelle Landräte und Politische Polizei an, die Partei und die ihr angeschlossenen Verbände bei der Überwachung der fremdvölkischen Arbeitskräfte zur Abwehr volkspolizeilicher Gefahren einzusetzen.³³ Ein eigener Parteiapparat zur Überwachung der Zwangsarbeiter wurde ausgebildet, um den Umgang der Deutschen mit Russen und anderen Ausländern zu kontrollieren. Kreisbeauftragte für völkische Schutzarbeit legten monatlich der Kreisleitung Tätigkeitsberichte vor, die mündliche und schriftliche Berichte zusammenfaßte.³⁴ Erkennbar wird in diesen aus Bochum vorliegenden Berichten, daß die Deutschen die Zwangsarbeiter nicht übersehen konnten, sondern sie Teil des Alltagslebens im Krieg waren. Die Deutschen nahmen eine ambivalente Haltung ein. Einerseits gab es heftige Proteste deutscher

²⁷ LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 1521, fol. 59f. Der Besuch von Vertretern des OKW und des Reichsarbeitsministeriums war für Dezember 1941 vorgesehen.

²⁸ LAV NRW W, K 314/Ennepe-Ruhr-Kreis, Kreisausschuss Nr. 332.

²⁹ Zu Stukenbrock liegt mittlerweile reiche Literatur vor, zusammenfassend: Karl Hüser / Reinhard Otto, Das Stammlager 326 (VI K) Senne 1941-1945, Bielefeld 1992; kritisch dazu: Volker Schockenhoff, "Wer hat damals schon genau gezählt." Zur Auseinandersetzung um die Zahl der Toten des Stalags 326 (VI K) von 1945-1992, in: Westfälische Zeitschrift 143 (1993), S. 337-351.

³⁰ LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 13053 für das Folgende.

³¹ Vorhanden in LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 13053. Dieses Verzeichnis ist das einzige, das bisher für einen Regierungsbezirk in Westfalen in Beständen des Staatsarchivs Münster ermittelt werden konnte. Stichproben zeigen, daß es mehr Lager nachweist als die Verzeichnisse von 1949/50, abgedruckt bei: Martin Weinmann (Hrsg.), Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), Frankfurt 1990, 1998.

³² Die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsämter ist u.a. dokumentiert in: LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 1521, 51554-51607.

³³ LAV NRW W, K 348/Kreis Steinfurt, Landratsamt Nr. 1946.

³⁴ Über diese Parteiinstanz auf Kreisebene habe ich bisher noch keine Sekundärliteratur finden können.

"Volksgenossen" gegen die "aufgekratzte Stimmung" unter Zwangsarbeitern: "Sie haben zu arbeiten und sonst nichts".³⁵ Andererseits hatten aus Sicht der Partei Zwangsarbeiter und Deutsche zu viel Kontakt miteinander, weil sich die Deutschen oft nicht wie von der NSDAP erwartet als "Herrenmenschen" verhielten.³⁶ Ein Erlaß des Höheren SS- und Polizeiführers West vom 8. 8. 1944 liefert dafür ein anschauliches Beispiel. Er untersagte den offenbar schwunghaft betriebenen Tauschhandel der Zwangsarbeiter mit selbstgefertigten Körben und Spielwaren als "volkstumpolitisch unerwünscht".³⁷

Die Deutsche Arbeitsfront setzte nach anhaltenden Interventionen 1943 durch, daß die Gewerbeaufsicht sie bei der Betreuung der Lager beteiligte und mit ihr zusammenarbeitete.³⁸ Grundlage war die "Verordnung über die lagermässige Unterbringung während des Krieges" vom 14.7.1943. Die konkreten Auswirkungen der Verordnung wurden im Regierungsbezirk Arnsberg am 24. August 1943 in Hagen besprochen. Die DAF hatte inzwischen einen eigenen Beauftragten für die Lagerbetreuung im Gau Westfalen-Süd benannt. Die DAF nahm jetzt direkt Einfluß auf die Ernennung von Lagerleitern und richtete bei jeder Kreisverwaltung ein eigenes Lagerarchiv ein. Darin wurden die Zahl, die Belegung und die Nationalitäten der Lagerinsassen festgehalten. Über jedes Lager sollte monatlich berichtet werden. Für den Bergbau galten Sonderkonditionen. Lager bei Zechen unterstanden der Aufsicht der zuständigen Revierbeamten.³⁹

Das seit 1939 geregelte Verfahren der Arbeitskräftezuweisung befand sich im Juni 1944 weitgehend in Auflösung. Ursache waren die Luftangriffe. Die Schadensbeseitigung verlangte eine rasche Zuweisung von Kriegsgefangenen für den Groß- und Kleineinsatz. Die Gauarbeitsämter Westfalen-Nord und -Süd, die das Landesarbeitsamt Westfalen ersetzt hatten, sollten den Einsatz zentral steuern, um Notstände zu beseitigen.⁴⁰ Je mehr die Front näherrückte, umso weniger konnte die Disziplin in den Lagern aufrechterhalten werden. Luftangriffe und andere Gelegenheiten wurden zur Flucht genutzt, der Widerstand wuchs. Im Gegenzug wurden die Erlasse der Polizeidienststellen und noch mehr die verbrecherische Gewaltanwendung gegen die Zwangsarbeiter seit Januar 1945 bis zu Massenhinrichtungen in der Karwoche immer radikaler.⁴¹

In Westfalen-Süd erließ Gauleiter Albert Hoffmann von der Festung Harkortberg bei Wetter am 24. März 1945 eine letzte Rundverfügung, die die Isolierung aller ausländischen Arbeiter vorsah. Da viele nicht mehr in den zerstörten Betrieben arbeiten konnten, erhielten sie nur noch 50 bis 80% der Normalverpflegung. Nicht beschäftigte Zivilarbeiter sollten, beginnend mit Polen und Russen, ab sofort wie Kriegsgefangene behandelt und in Lagern

³⁵ LAV NRW W, S 012/NSDAP, Kreis- und Ortsgruppenleitungen Nr. 128 (Tätigkeitsbericht vom April 1943).

³⁶ Formulierung nach Ruppert / Riechert, Herrschaft, S. 145.

³⁷ LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 2111 (HSSPF West an Regierung Arnsberg, 8. 8. 1944).

³⁸ Zum Machtkampf auf Reichsebene: Herbert, Fremdarbeiter, S. 173-177, 306f.

³⁹ LAV NRW W, M 550/Bergämter Nr. 8137 (Berichte des Bergreviers Buer).

⁴⁰ Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis VI an Landräte, 24.6.1944 (LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 2111, fol. 61).

⁴¹ Zusammenfassend: Herbert, Fremdarbeiter, S. 389ff., 424; aus der reichen ortsgeschichtlichen Literatur: Elisabeth Tillmann, Zum "Reichseinsatz" nach Dortmund. Das Schicksal französischer Zwangsarbeiter im Lager Loh 1943-1945, Dortmund 1995, S. 148ff.

zusammengefaßt werden.⁴² Diesem letzten mir bekanntgewordenen Erlaß zu Zwangsarbeitern in Westfalen kam zwar keine praktische Bedeutung mehr zu, weil der NS-Staat zusammenbrach. Es blieben aber diejenigen, die die Zwangsarbeit, ob als Kriegsgefangener oder als Zivilarbeiter, überlebt hatten und zu Displaced Persons geworden waren und dann wiederum in Lagern unterkommen mußten.⁴³

2. Die Überlieferung zur Zwangsarbeit im Staatsarchiv Münster in zeitgenössischen Akten

Meine knappen Ausführungen stützten sich auf die Überlieferung im eigenen Haus. Sie sind aus vielen Mosaiksteinen zusammengetragen und ergeben für Gesamt-Westfalen noch kein in sich stimmiges Bild. Vieles wird zu ergänzen und zu korrigieren, manches wird wahrscheinlich nie mehr zu rekonstruieren sein. Die Überlieferungslage auf der mittleren Administrationsebene in Westfalen hielt Ulrich Herbert 1985 für vergleichsweise gut. Die Akten des Staatsarchivs Münster ließen "zum Teil genaueren Aufschluß über die Entscheidungsprozesse" zu.⁴⁴ Angesichts großer Aktenverluste und einem gewachsenen Interesse an ortsgeschichtlichen Studien scheint mir dies ein wenig zu positiv beurteilt. Sicher bietet die Überlieferung im Oberpräsidium Westfalen für den Bereich des Chefs der Zivilverwaltung und des Reichsverteidigungskommissars eine Fülle von Informationen, die längst nicht hinreichend ausgewertet worden sind. Zu nennen sind vor allem die zusammenfassenden Statistiken, die in Münster für den Bereich des Wehrkreises VI gesammelt und nach Berlin weitergegeben wurden. Für unser Thema sind neben den Sachakten⁴⁵ die monatlichen wirtschaftlichen Lageberichte⁴⁶, die z. T. nach Arbeitsamtsbezirken und Branchen gegliederten Berichte des Landesarbeitsamtes (bzw. der Gauarbeitsämter) über den Arbeitskräfteeinsatz⁴⁷, die Statistik des Reichstreuhanders zum Arbeitsvertragsbruch⁴⁸. Die Statistiken sind allerdings oft aggregiert und außerdem lückenhaft, weil einzelne Monatsberichte fehlen. Die Überlieferung für die Regierung Arnsberg ist insgesamt befriedigend, vor allem im Bereich der Gewerbeaufsicht und des Gesundheitswesens. Wenig ist allerdings in den Akten des Polizeidezernats (I P) zu finden.⁴⁹ Akten zur Regierung Münster aus der Kriegszeit fehlen zu unseren Fragen völlig. Ursache ist

⁴² LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 2111, fol. 69.

⁴³ Vgl. dazu Jacobmeyer, Zwangsarbeit.

⁴⁴ Vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 22.

⁴⁵ Vgl. Manfred Wolf (Bearb.), Oberpräsidium der Provinz Westfalen: Polizei, Justiz, Militär, Chef der Zivilverwaltung, Reichsverteidigungskommissar, Münster 1991. Im Übrigen sei verwiesen auf: Die Bestände des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen. Kurzübersicht, Münster 2009.

⁴⁶ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5150, 5200-5203 (bis April 1944) mit Berichten anderer Behörden und Institutionen als Vorstufen.

⁴⁷ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5098, 5140 (erhalten bis Mai 1943); LAV NRW W, N 100/Arbeitsämter, Agenturen für Arbeit Nr. 5 (Inländer/ Ausländer nach Branchen im Gau Westfalen-Nord: November 1943-Juni 1944, desgl. - wohl nach Kriegsende nachträglich errechnet - für Westfalen und Lippe: Summe aus Westfalen-Nord, Stand Februar 1945; Westfalen Süd nach Stand von August 1944, hieraus Abdruck zu 1944/45 bei Schwarze, Ostarbeiterinnen, S. 282f.).

⁴⁸ LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 5078 (November 1944), 5210 (1940-1941), 5141, 5142 (August 1943-Mai 1944).

⁴⁹ Ähnlicher Befund gilt für den Regierungsbezirk Minden, vgl. Axel Eilts (Bearb.), Staatsarchiv Detmold: Preußische Regierung Minden. Polizeidezernat, Detmold 1995 (nur drei Nachweise zu Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen Nr. 272, 1163, 1686).

die Zerstörung der Registratur im Krieg oder bei Kriegsende. Für den Regierungsbezirk Minden ist auf die Überlieferung im Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe in Detmold zu verweisen.

Die Akten auf Kreisebene liegen zum Teil in den Kreisarchiven, zum Teil im Staatsarchiv. Weil die Landräte zwischen Oberpräsidium, Landesarbeitsamt und Gemeinden standen, Erlasse und Berichte weiterleiteten, können ihre Überlieferungen oft empfindliche Lücken schließen. Für den Regierungsbezirk Arnsberg sind die Landkreise Meschede und Siegen⁵⁰ besonders dicht bestückt. Hier finden sich u. a. Fahndungslisten, die überregional versandt wurden.⁵¹

Die Überlieferung aus einzelnen Fachverwaltungen ist sehr heterogen. Die beste Überlieferung bieten die Bergämter, deren Bestände schon Ulrich Herbert auswertete und die auch jetzt bei Benutzern hohe Priorität haben. Aus der Arbeitsverwaltung sind dagegen nur Fragmente erhalten. Vom Landesarbeitsamt Dortmund, das für unser Thema zentral ist, sind ganze zehn Akten auf uns gekommen. Von diesen sind allerdings zwei gehaltvoll. Sie weisen u. a. den Einsatz der Zwangsarbeiter am "Westwall" und "Westfalenwall" 1944/45 nach.⁵² Ob die Aufteilung auf zwei Gauarbeitsämter 1942/43 schon zum Verlust von Akten beitrug, ob Kriegszerstörungen oder Vernichtung bei Kriegsende den heutigen Befund erklären, ist nicht mehr sicher zu klären. Von einzelnen Arbeitsämtern sind Splitter erhalten, von Iserlohn, federführend für das Stalag VI A in Hemer nichts. Gleiches gilt für die Gewerbeaufsicht, so daß wir keine Chance haben, deren Karteien zu nutzen, die für alle Bau- und Betriebslager zu führen waren.⁵³ Die Überlieferung der Landwirtschaftsbehörden bietet keine Ansatzpunkte zu Forschungen über den Einsatz der Zwangsarbeiter. Der Sammelbestand "Politische Polizei im Dritten Reich" bietet neben einzelnen, z. T. sehr detaillierten Stimmungsberichten über Zwangsarbeiter⁵⁴ Einzelerlasse und Richtlinien zum Umgang mit ihnen. Ergiebig ist der Bestand Staatsanwaltschaft beim 1933 errichteten Sondergericht Dortmund. Geschätzte 15% der Fälle aus den Jahren 1940 bis 1945 beziehen sich auf Zwangsarbeiter. Das Sondergericht verurteilte den Umgang Deutscher mit Kriegsgefangenen als auch Zivilarbeiter. Typische "Delikte" waren Diebstähle (u. a. aus OT-Beständen), Einbrüche nach Luftangriffen, Abhören fremder Sender, selten das Aufwiegeln zur Arbeitsverweigerung.

Sollte dieser Befund vielleicht allzu ernüchternd sein, so will ich Ihnen nicht vorenthalten, daß es eine Quellengruppe gibt, die mir selbst beinahe den Atem geraubt hat, als ich sie durchsah. Ich meine die Gefangenenbücher, die in Polizeipräsidien geführt wurden. Für Dortmund, Hagen und Hamm sind sie erhalten. Dortmund ist wegen der Nähe zur Staatspolizeistelle in der Benninghofener Straße besonders wichtig, Hamm, weil am zentralen Bahnknotenpunkt Westdeutschlands häufig Gefangene Zwischenstation machten. Mehrere Typen Gefangenenbücher sind zu unterscheiden, wie ich am Beispiel Hamms erläutern will. Es gab

⁵⁰ Auswertung für den Kreis Siegen: Ulrich Opfermann, Heimat-Fremde- "Ausländereinsatz" im Siegerland, 1939-1945: wie er ablief und was ihm vorausging, Siegen 1991.

⁵¹ LAV NRW W, K 340/Kreis Siegen, Landratsamt bzw. Oberkreisdirektor Nr. 1964.

⁵² LAV NRW W, N 001/Landesarbeitsamt Westfalen-Lippe, Dortmund Nr. 7.

⁵³ LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 1521 (Landesarbeitsamt an Regierung Arnsberg, 8.1.1942).

⁵⁴ LAV NRW W, K 751/Politische Polizei "Drittes Reich" Nr. 382. SD-Abschnitt Dortmund zu Mai 1942: Arbeitsleistungen und Arbeitsbedingungen der "eingesetzten Zivilrussen" in vier Unternehmen. Im Übrigen sei verwiesen auf die Edition von Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945. 17 Bde. u. Registerband, Herrsching 1984/85.

Festnahme-, Aufnahme- und Transportbücher. Die Spalten der Festnahmebücher hielten Tag und Stunde der Verhaftung, den Namen des Verhafteten, Stand, Konfession, Geburtstag und -ort, seine Wohnung, die Ursache der Verhaftung und das Entlassungsdatum fest.⁵⁵ Die Zwangsarbeiter machten 1942 in Hamm 60% der Festgenommenen aus, 1944 geschätzte 95%. 1942 und 1943 lag die Zahl der Aufnahme bei 1.800, 1944 bei 4.400. Für die Zwangsarbeiter mußten die Spalten umfunktioniert werden. Der Stand (bei Deutschen der Beruf) wurde zur Nationalität, der Wohnort zum Standort des Sammellagers oder des Arbeitgebers. Die Haftgründe wurden meistens pauschaliert mit "Schutzhaft" oder "Gestapo". Die sog. Entlassungsorte lassen erkennen, was mit den Zwangsarbeitern passierte. Fünf Kategorien lassen sich zusammenfassen: Arbeitsamt und einzelne Bauern (was wahrscheinlich die Rückführung zur Zwangsarbeit bedeutete); Transporte nach Dortmund oder in andere Orte; Lager wie Hundswinkel oder ab Oktober 1944 in das Hönnetal oder nach Sanssouci; Konzentrationslager (Männer nach Buchenwald, Frauen nach Ravensbrück). Abgesehen von den vielen Einzelschicksalen, die hier momenthaft aufscheinen, können auch Razzien der Gestapo ausgemacht werden, wenn ganze Gruppen russischer oder polnischer Arbeiter zur gleichen Stunde aus dem gleichen Lager eingeliefert wurden.

Das Hammer Transportbuch des Jahres 1941 hält fest, wer vorübergehend, meistens nur einen Tag, im Hammer Gefängnis saß.⁵⁶ Zwischen dem 1. April und dem 14. Oktober 1941 waren dies 7.610 Menschen, in der Mehrzahl Zwangsarbeiter. Die Kategorien des Transportbuchs sind ähnlich wie im Festnahmebuch, allerdings ist zu erkennen, daß es sich meistens nicht um Insassen westfälischer Lager handelte, sondern um Ferntransporte. Sehr häufig waren Gruppen von 25 bis 50 Polen aus Sieradz in das Emsland nach Dörpen oder Neusustrum unterwegs. Gleichzeitig führten einzelne Transporte aus Westfalen nach Buchenwald. Die Auswertung dieser Quellengruppe hilft vermutlich niemandem weiter, der einzelne Zwangsarbeiter sucht. Aber es scheint doch die Logistik jenes Systems auf, dessen Gefangene die Zwangsarbeiter waren.

Die Überlieferung der NSDAP in den Gauen Westfalen-Nord und Süd ist trümmerhaft und abhängig von Überlieferungszufällen. Die Karteien der DAF, von denen ich sprach, sind nur noch aus den Akten der staatlichen Verwaltung erschlossen.⁵⁷ Die in Münster erhaltenen Splitter lassen erkennen, wie sehr die NSDAP aus ideologischen Gründen von der Zwangswirtschaft tangiert war. Die vorhandenen Lageberichte legen davon Zeugnis ab, sie sind auch für die Haltung der Deutschen gegenüber den Zwangsarbeitern wertvoll. Welche Möglichkeiten die Akten der lokalen NSDAP-Gliederungen bieten, beweist der von Andreas Ruppert glänzend erschlossene Bestand NSDAP und NS-Organisationen im Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe in Detmold.⁵⁸

⁵⁵ Folgendes nach LAV NRW W, K 700/Polizeipräsidien Nr. 3440.

⁵⁶ LAV NRW W, K 700/Polizeipräsidien Nr. 2145.

⁵⁷ Zur schlechten Überlieferung der DAF insgesamt vgl. Boberach, Inventar.

⁵⁸ Andreas Ruppert (Bearb.), Staatsarchiv Detmold: NSDAP und NS-Organisationen in Lippe, Bd. 1 u. 2, Detmold 1990. Vgl. auch ders. / Riechert, Herrschaft, S. 143-151.

3. Nach Kriegsende entstandenes Schriftgut

Staatliche Stellen oder die NSDAP haben meines Wissens vor Kriegsende keine umfassenden Listen über Zwangsarbeiter angelegt, sondern nur über Lager Verzeichnisse aufgestellt. Ob die Karteien der Gewerbeämter oder der DAF vollständig waren und wie sie aussahen, wissen wir (bisher) nicht. Kriegsgefangene wurden in Listen erfaßt, die beim Internationalen Roten Kreuz hinterlegt sind und in Kopie beim Bundesarchiv/Militärarchiv vorliegen.⁵⁹ Die Notlage der Displaced Persons (DP) ließ bald eine Situation entstehen, die es notwendig machte, sie namentlich zu registrieren. Dies geschah zunächst unkoordiniert. Der Oberpräsident beauftragte am 20. Juni 1945 die Polizeidienststellen in Westfalen, alle Fremdarbeiterlager zu erfassen. Häufig war es die lokale Militärregierung, die den Auftrag für weitere Erhebungen gab, so in Bochum, wo besonders viele ehemalige Zwangsarbeiter lebten. Ein gravierendes Problem war die Auszahlung der Lohnrückstände, die die britische Militärregierung in der Provinz Westfalen am 11. August 1945 anordnete und die wohl auf Betreiben russischer Verbindungsoffiziere vor allem auf russische Zwangsarbeiter zugeschnitten war.⁶⁰ Über den Oberpräsidenten wurden die Landratsämter angewiesen, Listen mit den Namen der Zwangsarbeitern in den Gemeinden anzufertigen zu lassen. Die Unternehmen, bei denen die Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen waren, mußten sie zusammenstellen und Lohnrückstände angeben. Binnen eines Monats waren die Listen über die Landräte nach Münster weiterzuleiten, die Beträge auf das Konto der russischen Militärgesandtschaft bei der Reichsbank-Nebenstelle Herford zu überweisen. Auf Ebene einzelner Kreise (wahrscheinlich auch Gemeinden) in Westfalen sind diese Listen vorhanden.⁶¹ Sie sind authentische Quellen und sagen auch etwas über die Entlohnungsmethoden während des Krieges aus. Anfang Januar 1946 mußte die Militärregierung allerdings erkennen, daß die Auszahlung der Lohnrückstände aller Zwangsarbeiter schwierig war. Die ursprüngliche Anweisung hatte viele Sonderfälle nicht berücksichtigt. Ein Problem war die Bewertung der sog. Ostarbeitersparmarken, die aufgerechnet werden mußten.

Die nächste zentralgelenkte Aktion war die 1946 von den Vereinten Nationen ausgehende Suche.⁶² Sie hatte umfassenden Charakter und wurde von der britischen Militärregierung kontrolliert. In allen Gemeinden sollten vier Listen erstellt werden: (A) "Nominal rolls and lists" sollten alle Personen aus Staaten der Vereinten Nationen erfassen, die nach dem 3. September 1939 in das Gebiet der späteren Britischen Zone gekommen waren, 1946 außerhalb von Gefangenenlagern oder DP-Sammelpunkten lebten oder verstorben waren. Ferner sollten Unternehmen, staatliche Einrichtungen und Landwirte alle, die bei ihnen gearbeitet hatten, in Namenslisten erfassen. (B) Vorhandene persönliche Dokumente waren zu erfassen. (C) Gräberlisten mußten erstellt werden. (D) Das Eigentum der genannten Personen war in Listen zu erfassen. Sämtliche Listen waren nach Nationalitäten zu trennen. Auf deutscher Seite wurden die Listen mit Sorgfalt, wegen der herrschenden Papierknappheit aber spät erstellt. Erst im Herbst 1946 konnte der Oberpräsident mehrere Dutzend Pakete nach Göttingen senden. Sie sollten dort zentral für die britische Zone ausgewertet werden.

⁵⁹ Vgl. Stopsack/Thomas, Stalag VI A Hemer, S. 62.

⁶⁰ LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 2111.

⁶¹ LAV NRW W, K 314/Ennepe-Ruhr-Kreis, Kreisausschuss Nr. 332.

⁶² LAV NRW W, K 001/Oberpräsidium Münster Nr. 7584; durch Durchführung auf Kreisebene: LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 2111. Vgl. dazu knapp Weinmann (Hrsg.), CCP, S. CXLVIII.

Die Frage, die Sie vermutlich alle interessiert, ist: wo sind diese Listen abgeblieben? Nur zum geringsten Teil liegen sie im Staatsarchiv Münster: für den Kreis Siegen und teilweise für die Kreise Meschede und Coesfeld.⁶³ Der Oberpräsident in Münster hat keinen Durchschlag für sich zurückbehalten. Die weitere Suche nach diesen Listen in öffentlichen Archiven der Bundesrepublik erscheint z. Zt. in den Kommunalarchiven wohl am lohnendsten.

Eine weitere Erfassungsaktion ging noch von den Engländern aus, im August 1946 vom 301 PWX Liaison Detachment in Bad Godesberg. 1949 startete das International Tracing Service in Göttingen, hervorgegangen aus der Hilfs- und Wiederaufbauorganisation der UNO (UNRRA), eine, wie es meinte, abschließende Totalerhebung.⁶⁴ Jeweils sollten Daten auf Gemeindeebene in Koordination durch die Landräte erfaßt werden. Die vom International Tracing Service 1949 und 1950 herausgegebenen zwei Kataloge der Lager und Gefängnisse in Deutschland von 1939 bis 1945 sind die bislang umfassendsten Dokumentation zum nationalsozialistischen Lagersystem.⁶⁵

1952 traten noch einmal die deutschen Behörden in Aktion. Das damals verabschiedete Kriegsgräber-Gesetz sah vor, daß u. a. Gräber von Kriegsgefangenen und von Personen, die von 1939 bis 1945 "zur Leistung von Arbeiten in das Gebiet des Deutschen Reiches verschleppt oder in diesem Gebiet gegen ihren Willen festgehalten worden [waren]" dauernd anzulegen, zu pflegen und in Listenform zu erfassen sind.⁶⁶ Für den Regierungsbezirk Münster und Arnsberg sind diese Akten mittlerweile übernommen und erschlossen.⁶⁷ Eine Auswertung dieser Quelle, stichprobenhaft am Beispiel der Gräber im Kreis Tecklenburg⁶⁸, läßt oft noch rückwirkend erkennen, wann und wo Zwangsarbeiter gearbeitet haben. Die Angaben zu Massengräbern in Leeden zeigen, daß dort am 8. Februar 1945 Dutzende von Russen starben, die für die Organisation Todt im Einsatz gewesen waren. Wir erfahren auch, daß eine 73-jährige polnische Arbeiterin 1941 in der Heilanstalt Lengerich zu Tode kam und dort beerdigt wurde. Todesursache war "senile Demenz". Daß dahinter Euthanasie gestanden haben könnte, ist nur zu vermuten.

An zwei weiteren Aktengruppen der Nachkriegszeit kann nicht vorbeigegangen werden: die Akten der Gerichte⁶⁹ und Staatsanwaltschaften, die wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit u. a. gegen Polizisten ermittelten, die Zwangsarbeiter verfolgt hatten. Die von mir beispielhaft herangezogenen Ermittlungsakten gegen den Leiter der Staatspolizeistelle Münster Landgraf und andere setzten schon bald nach Kriegsende ein und schlossen in den 1960er Jahren.⁷⁰ Landgraf und anderen wurde die Hinrichtung zweier Polen im Asbecker Brook ohne Gerichtsverfahren vorgeworfen. Zur Abschreckung hatten sie die Anwesenheit der

⁶³ LAV NRW W, K 333/Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 2110, 2111; LAV NRW W, K 311/Kreis Coesfeld Nr. 943, 945.

⁶⁴ Weinmann (Hrsg.), CCP, S. CXXXIX.

⁶⁵ Nachdruck durch Weinmann (Hrsg.), CCP, S. 1-714.

⁶⁶ Bundesgesetzblatt 1952 I, S. 320-322.

⁶⁷ LAV NRW W, K 101/Regierung Arnsberg Nr. 44770-44922.

⁶⁸ LAV NRW W, K 201/Regierung Münster Nr. 39986.

⁶⁹ Vgl. die Dokumentation in: Justiz und Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966. Bearb. im Seminarium voor Strafrecht en Strafrechtspleging Van Hamel der Universiteit van Amsterdam, 22 Bde., Amsterdam 1968-1981.

⁷⁰ LAV NRW W, Q 225/Staatsanwaltschaft Münster Nr. 282, Bd. 1 und 2.

polnischen Zwangsarbeiter aus der Umgebung dorthin befohlen. Die Akten dokumentieren nicht nur dieses und andere sog. "GV-Verbrechen" im nördlichen Westfalen⁷¹, sie gewähren einen tiefen Einblick in die Mentalität der Gestapoleute und im Verhalten der ländlichen Bevölkerung gegenüber den Zwangsarbeitern.

Auf einen Bestand im Staatsarchiv Münster möchte ich abschließend zu sprechen kommen: die Sammlungen von Alexander Primavesi.⁷² Der 1996 verstorbene Kriminalhauptmeister hat für das Dortmunder Polizeipräsidium nicht nur die Tätigkeit westfälischer Polizisten und Polizeidienststellen zwischen 1933 und 1945 umfassend dokumentiert, sondern sich auch ihrer Opfer angenommen. Primavesis Engagement war zutiefst lebensgeschichtlich motiviert, denn er erlebte den Angriff auf die Möhnetalsperre 1944 aus nächster Nähe mit und sah mehrere hundert tote Ostarbeiterinnen am Unterlauf der Möhne am Tag danach.

4. Ergänzungs- und Ersatzüberlieferungen; Benutzungsbedingungen

Die Bestände des Staatsarchivs Münster liefern gerade wegen der Vernetzung der verschiedenen Bereiche der Verwaltung eine Basis für Forschungen zur Geschichte der Zwangsarbeit auf lokaler und regionaler Ebene. Sie sind aber bei weitem nicht erschöpfend. Neben den Kommunalarchiven und den Archiven der Versicherungsträger, die in Witten thematisiert werden, sei deshalb ohne Gewähr für Vollständigkeit auf weitere Bestände für die Geschichte der Zwangsarbeit in Westfalen verwiesen. Die Funde, die Volker Schockenhoff zu Stukenbrock in Moskau machte⁷³, zeigen, daß noch einige überraschende Funde möglich sind. Ich konzentriere mich deshalb auf einige wenige, besonders wichtige Archive und Archivsparten:

1. Unternehmensarchive: Alle Unternehmen die Zwangsarbeiter beschäftigten, mußten Lohnlisten erstellen, Arbeitspässe für sie führen, mit Arbeitsämtern korrespondieren.⁷⁴ Ob und in welchem Maße Unterlagen erhalten geblieben sind, hängt vom Einzelfall ab. Ein Rechtsanspruch auf die Benutzung von Unternehmensarchiven oder -registraturen besteht nicht.
2. Das Bundesarchiv, einschließlich des Militärarchivs in Freiburg.
3. Das Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland in Duisburg und das Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe in Detmold.

⁷¹ Allgemein hierzu: Herbert, Fremdarbeiter, S. 91f.

⁷² Zum Bestand: Wilfried Reininghaus, Der Bestand "Polizeipräsidium Dortmund, Sammlung Primavesi" im Staatsarchiv Münster, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 623-626. Vgl. den von Alexander Primavesi gemeinsam mit Gerhard Paul verfaßten Beitrag Die Verfolgung der "Fremdvölkischen". Am Beispiel der Staatspolizeistelle Dortmund, in: Gerhard Paul / Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995.

⁷³ Volker Schockenhoff, "Dem SS-Einsatzkommando überstellt". Neue Quellen zur Geschichte des Stalag 326 VI K Senne im Moskauer Staatsarchiv, in: Geschichte im Westen 8 (1993), S. 201-210.

⁷⁴ Folgende Aussage bei Weinmann (Hrsg.), CCP, S. CL ist grundsätzlich zutreffend: "Eine Hauptquelle für die Registrierung der sogenannten Zivilarbeiterlager sind Firmenarchive". Zu bedenken sind jedoch die zahlreichen Überlieferungsbrüche vor allem in mittelständischen Unternehmen.

4. Die Kirchenarchive, vor allem der katholischen Kirche, die Polen und Franzosen betreuten.⁷⁵
5. Das Archiv des Internationalen Roten Kreuzes in Genf mit den Kriegsgefangenenlisten.
6. Das Public Record Office London.
7. Das Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen.⁷⁶

In den beiden letztgenannten Archiven dürfen mit guten Gründen diejenigen Listen mit Namen von Zwangsarbeitern vermutet werden, die 1946 von Münster nach Göttingen in fünf- bis sechsfacher Ausfertigung versandt wurden.

Noch ein Wort zur Zugänglichkeit der Bestände im Staatsarchiv Münster. Sie wird – im Übrigen auch wie die der Kommunalarchive – in erster Linie durch das Archivgesetz Nordrhein-Westfalen (ArchivG NRW) geregelt.⁷⁷ Nutzung durch Betroffene und ihre Rechtsnachfolger ist jederzeit möglich. Nach Ablauf der Schutzfristen ist die Nutzung für jedermann auf Antrag möglich. Vor Ablauf der Schutzfristen ist eine Benutzung u.a. zu wissenschaftlichen Zwecken nur mit Sondergenehmigung möglich. Die Fristen betragen bei Sachakten 30 Jahre seit Entstehung der Unterlagen (Aktenschluss), bei personenbezogenem Archivgut 10 Jahre nach dem Tod oder 100 Jahre nach Geburt der Person, falls der Todestag dem Archiv nicht bekannt ist. Ist weder Geburts- noch Todesdatum bekannt, endet die Schutzfrist nicht vor Ablauf von 60 Jahren nach Entstehung der Unterlagen. Die erwähnten Gefangenenbücher und Namenslisten der Militärregierung sind personenbezogenes Archivgut.

Das Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen berät Sie gern bei Ihren Projekten zum Thema.

Kontakt

Landesarchiv NRW
Abteilung Westfalen
Bohlweg 2
48147 Münster
Tel.: +49 251 4885-0
Fax: +49 251 4885-100
E-Mail: westfalen@lav.nrw.de

⁷⁵ Es wäre den Hinweisen bei Heinz Boberach (Hrsg.), Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934-1944, Mainz 1971 nachzugehen; vgl. auch Burth, Kriegsgefangene, S. 260f. (aufgrund staatlicher Überlieferung).

⁷⁶ Weinmann, CCP, S. CXXXIX-CXLI. Die Bestände werden derzeit digitalisiert, vgl. C.-C. Biedermann u. a., The electronic document management. Capture, retrieval and use of important archival material, in: Janus. Archival Review 1991/1, S. 7183.

⁷⁷ Hans Schmitz, Archivgesetz Nordrhein-Westfalen. Einführung und Textabdruck, in: Der Archivar 43 (1990), Sp. 227-242. Die jeweils aktuelle Fassung ist abrufbar unter: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000338 (zuletzt aufgerufen: 19.03.2020).